

Auszug aus dem Beschlussprotokoll 110. Ratssitzung vom 1. Februar 2012

2279. 2007/136

Weisung vom 09.11.2011:

Motion von Marcel Savarioud und Fiammetta Jahreiss-Motagnani, Chancengleichheit für ausländische Personen, Revision von Art. 3 PR

Antrag des Stadtrats

1. Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) vom 6. Februar 2002 wird wie folgt geändert:

Art. 3 Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik
¹Der Stadtrat bestimmt nach folgenden Grundsätzen die Personalpolitik:
 - a) bis i) unverändert
 - k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Orientierung, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion oder Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.
²(unverändert).
2. Der Stadtrat setzt diese Änderung in Kraft.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
 - a) Die Motion (GR Nr. 2007/136) von Marcel Savarioud und Fiammetta Jahreiss-Motagnani, Chancengleichheit für ausländische Personen, wird als erledigt beschrieben.
 - b) Das Postulat (GR Nr. 2007/142) von Marcel Savarioud und Isabel Bartal wird als erledigt beschrieben.
 - c) Das Postulat (GR Nr. 2006/482) von Richard Rabelbauer und Daniel Meier wird als erledigt beschrieben.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziff 1, Abs.1 lit. k):

- k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechts-

identität, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion, Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Urs Fehr (SVP)
Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Überweisung der bereinigten Vorlage als Ganzes an die Redaktionskommission (RedK)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 95 gegen 26 Stimmen zu und überweist die Verordnung an die RedK.

Damit ist beschlossen:

Der folgende Artikel zur Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) vom 6. Februar 2002 ist durch die Redaktionskommission (RedK) zu überprüfen (Art. 38 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR).

Art. 3 Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik

¹Der Stadtrat bestimmt nach folgenden Grundsätzen die Personalpolitik:

a) bis i) unverändert

k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion, Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.

²(unverändert).

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat